Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Herausgeber Ludwig Baltz.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 10 M., durch Boten bezogen monatl. 11 M., bei Postbezug monatl. 11,50 Mk. frei Haus. Erscheint werktägl. nachmittags. Einzelnummer 50 Pf. Postscheckkonto Leipzig 16654. Geschäftsstelle Hälterstr. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der 8gesp. Millim. Satzraum 60 Pf. und der 3gesp. Millim. Reklameraum M. 3.—. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit M. 7.50 in Zahlung genommen. Ziffergebühr 75 Pf. Porto bef. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Belegnummer w. berechn.

Nr. 5. Freitag, den 6. Januar 1922. 162 Jahrgang

Tageschronik

Wie verlautet, soll Deutschland als Gesamtleistung für 1922 500 Millionen Goldmark bis zum 15. April bezahlen.

Die Börse vermutet, daß ein Teil des Goldbestandes der Reichsbank ins Ausland gebracht werden soll.

Rathenau kehrt heute von Paris nach Berlin zurück. Im Laufe des Monats wird eine Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit der Reichsregierung stattfinden.

Der Eisenbahnvorschlag für 1922 balanziert im ordentlichen Haushalt, erfordert jedoch im außerordentlichen einen Zuschuß von 6¾ Milliarden Mark.

500 Millionen Goldmark bis zum 15 April?

Ein englischer Vorschlag in Cannes.

Innerhalb der Reichsregierung glaubt man, gewisse Anhaltspunkte zu haben, die einen Schluß auf die Summen zulassen, die im Laufe dieses Jahres an die Entente abgeführt werden müssen. Von englischer Seite soll vorgeschlagen werden, daß Deutschland im Jahre 1922 auf Konto der Reparationen **im ganzen 500 Millionen Goldmark bezahlt.** In deutschen Kreisen nimmt man an, daß die Summe von **500 Millionen Goldmark bis zum 15. April 1922 zu** zahlen wäre und daß wir dann für das übrige Jahr an Barzahlungen nichts mehr zu leisten hätten. Am 15. Januar und 15. Februar sollen wir je 125 Millionen Goldmark entrichten. Wie die übrigen 250 Millionen Goldmark bezahlt werden sollen, ob gleichfalls in zwei Raten am 15. März und 15. April, oder in einer Rate entweder am 15. März oder 15. April, ist noch ungewiß. Wäre das der Fall, so würde es der Reichsregierung wahrscheinlich gelingen, am **15. Januar und 15. Februar je 125 Millionen Goldmark** aufzubringen.

Ein neuer Vorschlag zur Hebung der deutschen Valuta.

Der „Temps" schreibt von einem neuen Antrage zur Hebung der Mark, der kürzlich den verbündeten Regierungen vorgeschlagen worden sei. Deutschland ist gezwungen, sich für zwei Milliarden Goldmark fremde Devisen zu verschaffen, um seine Zahlungen zu leisten. Da es nicht genügend exportiert, muß es riesige Summen von Papiermark anbieten, wodurch die Mark immer mehr entwertet wird. Wenn die Reparationszahlungen sistiert werden, könnte Deutschland wieder Waren einkaufen und im Auslande wieder Vertrauen gewinnen. Der Export müßte sich heben. Deutschland brauchte dann kein Papiergeld mehr auszuführen und wäre in einiger Zeit imstande, einen beträchtlichen Teil der Wiedergutmachung in bar zu leisten (?). — Der Artikel des „Temps" ist bemerkenswert, weil diese Zeitung hinzufügt: Das ist die getreue Wiedergabe des Systems, das den verbündeten Regierungen vorliegt.

Die ersten Reparationsbesprechungen.

Finanzminister Doumer sowie die französischen Sachverständigen und die belgische und die japanische Delegation sind Donnerstag morgen in Cannes eingetroffen. Bereits ½12 Uhr fand im Hause der französischen Delegierten eine Sitzung der Sachverständigen statt, die zusammengesetzt waren für Frankreich aus Doumer und Loucheur, für England aus Worthington Evans und Sir Robert Horne, für Belgien aus Theunis und Jaspar.

Wie der „Berl. Lok.-Anz." aus guter Quelle weiter erfährt, beschäftigte sich diese Besprechung vor allen Dingen mit der Frage des Finanzabkommens vom 13. August 1921 und mit der belgischen Priorität.

In französischen Kreisen bedauert man sehr, daß Lloyd George nicht geneigt sei, dem Vorschlage Briands Folge zu leisten, der die Debatte über die allgemeine Politik verlangt. Die Befürwortung Briands einer englisch-französischen Allianz stößt überall auf taube Ohren.

Die Forderungen der britischen Arbeiter für Cannes.

Lloyd George wurde während der letzten Konferenz mit Briand ein Memorandum der britischen Arbeiter überreicht, worin eine radikale Abänderung der Reparationspolitik, die völlige Anerkennung Sowjet-Rußlands, die Zurückziehung der Truppen vom Rhein, eine internationale Konferenz über den Wiederaufbau und die Gewährung von Anleihen und Krediten gefordert werden.

Preisgabe unseres letzten Kredites?

Verpfändung des Goldbestandes der Reichsbank.

In Berliner Börsenkreisen verlautet, daß ein Teil des Goldbestandes der Reichsbank in allernächster Zeit in das Ausland versandt werden soll, um Mittel für die Deckung der Reparationszahlungen zu zahlen. Das Gold würde auch für die Zukunft im Eigentum der Reichsbank bleiben. Es wurde jedoch in den Ausweisen der Reichsbank als im Auslande befindliches Guthaben aufgeführt werden.

Wirth flüchtet zur USPD.

In den letzten Tagen fanden fast täglich Besprechungen des Reichskanzlers mit Parteiführern über die Steuerfragen statt. Innerhalb der Koalitionsparteien bestehen starke Widersprüche über diese Angelegenheit, so daß Dr. Wirth zu dem Entschluß gekommen sein soll, mit wechselnden Parlaments-Mehrheiten (USPD.) zusammenzuarbeiten.

Der „D. Allg. Ztg." zufolge haben gestern und in den vorgehenden Tagen im Reichsfinanzministerium Besprechungen des Reichsfinanzministers Hermes mit den Führern der einzelnen Parteien über finanzielle Fragen, insbesondere Steuerfragen stattgefunden. Die Besprechungen sind noch nicht abgeschlossen. Sie sollen in den nächsten Tagen weitergeführt werden.

Rathenaus geheimnisvolle Pläne.

Heute Rückkehr nach Berlin.

„Chicago Tribune" teilt mit, daß Rathenau am Dienstagabend vom amerikanischen Vertreter in der Reparationskommission, Boyden, zu Tisch geladen war. Dieses Abendessen sollte dem Senator Lodges Gelegenheit geben, mit Dr. Rathenau die Möglichkeit der verschiedenen großen amerikanischen Interessen mit Deutschland zu erörtern und zwar durch Erwerb und Gebrauch deutscher Fabriken (!)

Wie das „B. T." aus Paris meldet, hat Dr. Rathenau erklärt, daß er am Freitagabend nach Berlin abreisen werde.

Ein amerikanischer Antrag auf Zurückziehung der Rheintruppen

Im amerikanischen Kongreß wurde von Britten ein Antrag eingebracht, in dem Präsident Harding aufgefordert wird, auf der Abrüstungskonferenz die sofortige Zurückziehung aller alliierten Truppen aus Deutschland zu beantragen. Dadurch könnten jährlich 125 Millionen Dollars erspart werden und Deutschland könnte in die Lage versetzt werden, diese Summe zu Reparationszahlungen zu verwenden.

Italien hetzt wieder gegen Deutschland.

Das „Giornale d' Italia" setzte die Angriffe gegen Deutschland wegen der rückständigen Viehlieferungen fort. Sie lehnt als unwahr die Erklärung der deutschen Gesandtschaft ab, wonach die Verzögerung durch Seuchen verursacht sei. Durch die ganze französenfreundliche Presse geht ein neuer Feldzug gegen etwaige Erleichterungen in der Reparationsfrage.

Der neueste Raubvorschlag.

Memel soll französischer Vasallenstaat werden.

Wie uns aus Memel berichtet wird, ist der Regierungskommissar des Memeler Gebietes nach Paris abgereist, um der Botschafterkonferenz den Vorschlag zu machen, das Memeler Gebiet als Freistaat unter dem ständigen „Protektorat" Frankreichs zu erklären.

Noch keine Entscheidung über die Deutschen Werke

Von Berliner maßgebender Stelle wird uns mitgeteilt, daß bis zur Stunde noch keine Nachricht über die Entscheidung der Botschafterkonferenz hinsichtlich der Deutschen Werke vorliegt. Die Pariser Meldung, daß der Botschafterrat die Zerstörung der Deutschen Werke gebilligt habe, widerspricht einer anderen Information, nach der im Gegenteil beschlossen sein soll, die Deutschen Werke mit kleinen Einschränkungen bestehen zu lassen. Sollte tatsächlich der Botschafterrat die Niederlegung der Deutschen Werke beschlossen haben, so wird die Regierung neuerdings gegen diesen Beschluß Protest erheben.

* * *

Sonderbarkeiten.

„Sozialisierung ist Arbeit" heißt es immer in den programmatischen Erklärungen der Sozialisten. Darum streiken, wie wir es beim Eisenbahnerstreik wieder gesehen haben, die sozialistischen Gewerkschaften mit Vorliebe unter Tarifbruch ohne Erschöpfung vorhandener Einigungsmöglichkeiten, die von den anderen Gewerkschaften in der Regel benutzt zu werden pflegen.

Ebenso ist „Sozialisierung = Gemeinnützigkeit". Darum suchen die „gemeinnützigen" Sozialisten das vom Reichsverkehrsministerium geplante Arbeitszeitgesetz zu Fall zu bringen, das den größten sozialisierten Betrieb der Welt vom Milliardenfehlbetrag befreien soll; mit Rücksicht darauf, daß das Eisenbahndefizit mehr als die gesamte Einkommensteuer der deutschen Bevölkerung verschlingt, und daß um den entsprechenden Betrag natürlich die steuerliche Belastung erhöht werden muß, braucht selbstverständlich nicht genommen zu werden.

Im unbesetzten Gebiet haben die sozialistischen Eisenbahnarbeiter die Arbeit niedergelegt ohne zu bedenken, daß durch den Ausfall der Lebensmittel-, Kohlen, Milchtransporte usw. gerade die Arbeiterbevölkerung in die größte Notlage gerät; dagegen beförderten sie nach Erhebung eines recht lendenlahmen Protestes die Militärtransportzüge für den Entente-Militarismus im besetzten Gebiet ruhig weiter.

Die von den Sozialisten verlangte Sozialisierung des Bergbaus wird damit begründet, daß die Arbeitsfreudigkeit in einem sozialisierten Unternehmen so groß wäre, daß der daraus erwachsende Gewinn geeignet sei, die Wirtschaft zu neuer Blüte zu bringen. Wie groß die Arbeitsfreudigkeit im sozialisierten Betrieb der Eisenbahn ist, der obendrein noch einer durchaus sozialistisch orientierten Regierung unterstellt ist, haben abgesehen von den Milliardenfehlbeträgen der letzten Jahre besonders die jüngsten Ereignisse gezeigt.

Als das Unternehmertum zur Schaffung geregelter Verhältnisse im Staatshaushalt die Beseitigung der Fehlbeträge der Staatsbetriebe forderten, lehnten die Sozialisten dieses Verlangen als Ultimatum mit Entrüstung ab. Als dagegen der sozialistische Eisenbahnverband zur Aufrichtung des Prinzips der Unordnung sein Ultimatum stellte, stimmten ihm die Sozialisten unter Seitenhieben auf die Regierung zu, trotzdem in ihr auch ihre eigenen Leute in maßgebenden Stellungen sich befinden.

Die Schlichtungsordnung beruht auf dem durchaus wirtschaftsfriedlichen Grundsatz, nach Möglichkeit Wirtschaftskämpfe zwischen Kapital und Arbeit auszuschalten. Die von Anfang an als einzige gewerkschaftliche Organisation den wirtschaftlichen Grundsatz vertretenden nationalen Gewerkschaften sollen aber nach dem Willen der sozialistischen Gewerkschaften von der Besetzung der im Verfahren der Schlichtungsordnung vorgesehenen Stellen ausgeschlossen werden.

Die deutsche Regierung hat der Entente die amtliche Erklärung überreicht, daß das Reich den Reparationsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könne. Kurz darauf ließ Wirth unter der Hand neue Zahlungsvorschläge machen und erklärte einem Vertreter einer italienischen Zeitung, daß die tatkräftigsten Vorkehrungen getroffen würden, um die Reparationsverpflichtungen doch noch zu erfüllen.

Und da wundern sich immer noch manche Leute in Deutschland, daß es mit der deutschen Wirtschaft nicht wieder bergauf gehen will!

Beginn der Besoldungsverhandlungen.

Zunächst Beratung der Arbeiterfragen.

Im Reichsfinanzministerium traten gestern abend 5 Uhr die Vertreter der Reichsregierung und der Spitzenorganisationen zu den lange erwarteten Verhandlungen über die neue Teuerungsaktion für die Beamten, Angestellte und Arbeiter zusammen. An den Beratungen nahmen Vertreter aller Reichsressorts, des preußischen Finanzministeriums und Mitglieder des Dreiundzwanziger-Ausschusses des Reichstages teil. Es herrsche auf allen Seiten das Bestreben, die Verhandlungen so rasch zu führen, daß dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt am 19. Januar eine Vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220106-17/fragment/page=0001

lagt zugehen kann. Anfang nächster Woche wird die Verhandlung fortgesetzt, und dabei zunächst mit der Einzelberatung der Arbeiterfragen begonnen werden, nachdem inzwischen die Reichsregierung mit dem Finanzministerium der Länder sich besprochen haben wird. Im unmittelbaren Anschluß an die Arbeiterfragen sollen die Beamten- und Angestelltenfragen behandelt werden.

Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder mit der Reichsregierung.

Aufklärung über die außenpolitische Lage.

Auf Einladung der Reichsregierung wird im Laufe des Januar in Berlin eine Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit der Reichsregierung stattfinden. Die Besprechung ist schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen und soll den verantwortlichen Leitern der deutschen Länder Gelegenheit geben, von der Reichsregierung Mitteilungen über die gesamte politische Lage namentlich über die Reparationsfrage entgegenzunehmen, um dazu Stellung zu nehmen. Anregung zu dieser Konferenz ist, wie wir hören, von Bayern ausgegangen. Die einzelstaatlichen Regierungen beklagen sich darüber, daß sie über die letzten außenpolitischen Verhandlungen völlig im Dunkeln gehalten wurden.

Der Eisenbahn-Voranschlag für 1922.

Zu außerordentlichen Haushalt noch ein Zuschuß von 6¾ Milliarden erforderlich.

Der Haushalt der deutschen Reichsbahnen für das Jahr 1922 schließt im ordentlichen Haushalt bei den fortlaufenden Ausgaben mit rund 66 Milliarden und in den Einnahmen mit derselben Summe ab. Der Zuschuß beim ordentlichen Haushalt, der 1921 (somit den Nachtragsetat) noch rund 11 Milliarden betragen hatte, ist also vollständig entfallen; der Etat balanciert. Im außerordentlichen Haushalt sind vorgesehen an Ausgaben 6 789 259 000 Mk., an Einnahmen 6 500 000 Mark, so daß also ein Zuschuß von 6 782 759 000 Mark (gegen 35 631 013 900 Mark 1921) erforderlich ist.

Das Reichsverkehrsministerium will mit Nachdruck versuchen, das nunmehr festgestellte Gleichgewicht im ordentlichen Haushalt zu erhalten. Zu diesem Zwecke soll den Folgen einer weiteren Geldentwertung durch jeweilige sofortige Anpassung der Tarife begegnet werden. Die Wirkungen der Sparmaßnahmen können jedoch nur allmählich in Erscheinung treten. Ihre Ergebnisse werden bei der künftigen Tarifgestaltung berücksichtigt werden.

Der Niedergang der Demokratischen Partei.

Nach Blättermeldung aus Stettin ist auch das Hauptorgan der deutsch-demokratischen Partei in Pommern, die Stettiner „Ostsee-Zeitung" mit dem Grundstücke und der Druckerei an ein Konsortium der Deutschen Volkspartei verkauft worden.

Kommunistische Parlamentspraxis.

Der bisherige Generalsekretär der kommunistischen Partei Friesland, der als Folge seiner Maßregelung durch die Zentrale der K. P. D. von der Berliner Bezirksorganisation der Partei aufgefordert worden ist, sein Mandat als Berliner Stadtverordneter niederzulegen, erklärt, daß er keine Ursache dazu habe, und daß er die städtischen Körperschaften dahin informieren werde, daß die Zentrale der K. P. D. gegen seinen Willen und über seinen Kopf hinweg gehandelt habe.

Drohende Kohlenkrise in Bayern.

Die Kohlenversorgung Bayerns hat einen bisher noch nicht gekannten Tiefstand erreicht. Es ist eine Abnahme der Zufuhren eingetreten, die die schwärzesten Zeiten der Kohlenversorgung noch übertrifft.

Schwere Kartoffelkrise in Köln.

Zuverlässigen Informationen zufolge steht das Kölner Industriegebiet vor einer neuen schweren Kartoffelkrise. Durch den Verkauf von Kartoffeln der Ostprovinzen nach Polen ist die Zufuhr von Kartoffeln nach den westlichen Provinzen, vor allem nach den besetzten Gebieten vollständig unterbunden. Die Stadt Köln erklärte sich außerstande, dieser Krise wirksam begegnen zu können. In Köln bezahlt man heute bereits für den Zentner Kartoffeln 200 Mark und mehr.

Frankreichs Zustimmung zur U-Boot-Resolution.

„Nur im Prinzip und unter Vorbehalt."

Aus Washington wird gemeldet, daß die Franzosen die Resolution Root, welche die Verwendung von U-Booten gegen Handelsschiffe beschedet, nur im Prinzip und unter Vorbehalt angenommen haben. Welcher Art diese Vorbehalte sind, wird geheimgehalten. Es verlautet jedoch, daß Frankreich eine prinzipielle Defination des Begriffs „Handelsschiff" fordert.

Nach Informationen aus italienischer Quelle nimmt Italien die Resolution an, die den U-Booten untersagt, Handelsschiffe anzugreifen.

Die Bloßstellung Frankreichs in Washington.

Die französische Delegation gebärdet sich höchst unwillig, weil die amerikanische Presse fortfährt, die Enthüllungen der ostsibirischen Republik eine große Bedeutung beizumessen. Veranlassung dazu gibt der Umstand, daß Washington weiß, daß die militärischen Vertreter Frankreichs und Japans im Januar 1921 tatsächlich ein Abkommen, betreffend die militärischen Dinge in Sibirien, abschloß und somit auf weitere Verhandlungen schließt.

Revolutionäre Bewegung in Portugal.

Der „Matin" meldet aus Lissabon: Die Regierung hat über Lissabon den Belagerungszustand verhängt. In dem nördlichen Stadtteil haben mehrere geheimnisvolle Explosionen stattgefunden. 11 Personen wurden getötet. Aus der Provinz sind Truppen nach Lissabon gezogen worden.

Tagesordnung zur Sitzung der Stadtverordneten

am Montag, den 9. Januar 1922, abends 6 Uhr im alten Rathaus.

1. Wahl des Vorstandes.
2. Wahl der Wahlkommission.
3. Wahl der Haushaltungskommission.
4. Wahl der Rechnungsprüfungskommission.
5. Ausgabezugangsbewilligung bei der Allgem. Verwaltung, Teil XI b.
6. Ausgabezugangsbewilligung bei der Allgem Verwaltung, Teil XV Ziff. b.
7. Ausgabezugangsbewilligung bei der Allgem. Verwaltung, Teil XV Ziff. b.
8. Bewilligung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan des Altersheims.
9. Bewilligung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan des Andreasheims.
10. Bewilligung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan des Kinderheims.
11. Bewilligung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan der Kinderbewahranstalt.
12. Erhöhung der Eintrittsgelder und jährlichen Beiträge für das Altersheim.
13. Erhöhung der Eintrittsgelder und jährlichen Beiträge für das Andreasheim.
14. Verstärkung des Ausgabeansatzes Teil III Ziff. 6 des Haushalts des Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes.
15. Bewilligung der Mehrausgabe für Beschaffung der neuen Zinsscheinbogen der Merseburger Stadtanleihe.
16. Erhöhung der Gebühren für die Teilnahme der unbesoldeten Magistratsmitglieder und der Stadtverordneten an Sitzungen.
17. Verkauf einer Baustelle an den Eisenbahnfiskus.
18. Genehmigung eines Nachtrages zur Verwaltungsgebührenordnung.
19. Klage gegen die Oberpostdirektion Halle auf Entfernung der Postreklame an den Briefkästen.
20. Aenderung der Verwaltungsordnung des Lyzeums.
21. Bewilligung von Mitteln für Instandsetzungsarbeiten und Anschaffungen im Lyzeum.
22. Bewilligung von 3100 M. für Sturmschäden an verschiedenen städt. Gebäuden.
23. Bewilligung von 9600 M. für Sturmschäden an verschiedenen städt. Gebäuden.
24. Einführung der Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister".

Geheime Sitzung.

* * *

Der Tagesordnung zur Stadtverordnetensitzung entnehmen wir folgende Punkte zur Begründung.

Punkt 8: Bewilligung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan des Altersheims. Der Magistrat beschließt: Die für das Altersheim erforderlichen Verstärkungen mit zusammen 23 850 Mark werden bewilligt und sind dem Ansatz B 1c der außerordentlichen Rechnung für 1921 zu entnehmen und bei den entsprechenden Ansätzen des Wohlfahrtsamtes in Ausgabe-Zugang zu stellen. **Begründung:** Die für das Altersheim vorgesehenen Mittel für Schwestern- und Hausmeisterbesoldung, für Verpflegung, Heizung, Beleuchtung und Wasser reichen bei der ständig wachsenden Steigerung der Preise bei weitem nicht aus. Das Heim wirtschaftet so sparsam wie nur irgend möglich. Die Eintrittsgelder und laufenden Beiträge der Insassen werden erhöht werden.

Punkt 9: Bewilligung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan des Andreasheims. Der Magistrat beschließt: Die für das Andreasheim erforderlichen Mehrausgaben von 29 000 Mark werden bewilligt. **Begründung:** Auch bei der größten Sparsamkeit in der Wirtschaftsführung des Andreasheims ist es bei der stetig wachsenden Teuerung nicht möglich, bis zum Abschlusse des Rechnungsjahres mit dem bei I, II und X vorgesehenen Mitteln auszukommen. Die Eintrittsgelder und laufenden Beiträge der Insassen werden erhöht werden. Zur Verfügung stehen noch 118 700 Mark bei 1c der außerordentlichen Rechnung.

Punkt 10: Bewilligung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan des Kinderheims. Der Magistrat beschließt: Die für das Kinderheim erforderliche Verstärkung von insgesamt 30 400 Mark werden aus Teil B 1c der Außerordentlichen Rechnung bewilligt. Begründung: Die allgemein herrschende Teuerung hat auch die für das Kinderheim vorgesehenen Mittel fast aufgebraucht, sodaß eine Nachbewilligung in der beantragten Höhe nicht zu umgehen ist.

Punkt 11: Bewilligung von Mehrausgaben beim Haushaltsplan der Kinderbewahranstalt. Der Magistrat beschließt: Die für die Kinderbewahranstalt erforderliche Verstärkung von 8 600 Mark werden aus Teil V 1c der Außerordentlichen Rechnung bewilligt. Begründung: Wie überall, so ist es auch der Kinderbewahranstalt nicht möglich, infolge der ständig steigenden Teuerung mit dem im Haushaltsplan vorgesehenen Mitteln bis zum Schluß des Rechnungsjahres auszukommen. Gerade diese Anstalt ist eine Wohlfahrtsanstalt im wahren Sinne des Wortes. Würde diese Anstalt nicht bestehen, so müßte die Stadt zweifellos ganz erhebliche Mittel für Armenunterstützungen bereitstellen. Die Wochenbeitragssätze sollen auf das Doppelte erhöht werden und zwar von 3 auf 6 Mark, in Fällen der Bedürftigkeit werden sie ermäßigt, oder auch ganz erlassen.

Punkt 12: Erhöhung der Eintrittsgelder und jährlichen Beiträge für das Altersheim. Der Magistrat beschließt: Vorstehendem Dep.-Beschlusse wird zugestimmt mit der Maßgabe, daß zu 5 die jährlichen Beiträge um 100 Prozent also von 720 auf 1440 Mark erhöht werden. Außerdem erhält Punkt 3 der Satzung als vorletzten Absatz folgende Ergänzung. Bei bereits aufgenommenen Personen können die jährlichen Beiträge erhöht werden, wenn die wirtschaftlichen Anforderungen das notwendig machen. Diese Aenderung tritt am 1. 1. 1922 in Kraft. Begründung: Auch im Altersheim ist die Heraufsetzung der Eintrittsgelder und der laufenden Beiträge mit Rücksicht auf die ständige Preissteigerung aller Bedürfnisse nicht zu umgehen. Die beantragten Sätze sind im Hinblick auf die Geldentwertung so niedrig gehalten, daß sie von den Beteiligten ohne große Mühe aufgebracht werden können, andererseits bedeuten sie immerhin eine Erleichterung für die Stadt, um den erforderlichen Zuschuß nicht so hoch werden zu lassen, daß das Fortbestehen dieser Wohlfahrtsanstalt in Frage gestellt wird.

Punkt 13: Erhöhung der Eintrittsgelder und jährlichen Beiträge für das Andreasheim. Begründung: Die ständig steigende Teuerung hat uns gezwungen, den Punkt 4 der Satzung fürs Andreasheim zu ändern. Auch jetzt noch ist das Eintrittsgeld von 3600 Mark äußerst niedrig gehalten, ebenso der Beitragssatz von monatl. 180 Mark, wenn man die Gegenleistung wie freie Verpflegung, Wohnung, Wartung usw. gegenüberstellt. Die Anstalt behält voll und ganz den Charakter einer Wohlfahrtsanstalt. Neu ist der Zusatz, daß bei den bereits aufgenommenen Personen nötigenfalls auch die laufenden Beiträge erhöht werden können, wenn es die wirtschaftlichen Anforderungen erheischen. Von dieser Berechtigung wird demnächst leider in einzelnen Fällen Gebrauch gemacht werden müssen, wenn dabei auch natürlich die persönlichen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen.

Punkt 14: Verstärkung des Ausgabeansatzes Teil III Z. 6 des Haushalts des Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes. Begründung: Die Reinigung der Räume des Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes im alten Rathaus in der Burgstraße liegt dem derzeitigen Hausmeister des alten Rathauses nach der Dienstanweisung ob. Für die Reinigung der Gerätschaften, Gläser und sonstigen Aparate im Nahrungsmittel-Untersuchungsamt ist bisher der Ehefrau des betreffenden Hausmeisters eine monatliche Entschädigung von 50 Mark gezahlt worden. Die Ehefrau des jetzigen Hausmeisters, des Polizeibetriebsassistenten Behrens, hat unterm 3. November 1921 gebeten, diese Entschädigung auf 100 Mark zu erhöhen. Die ordnungsmäßige Erledigung der Dienstgeschäfte erfordert täglich etwa 2—3 Stunden. Mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert und mit Rücksicht darauf, daß von dieser Summe noch der Steuerabzug sowie die Kranken- und Invalidenbeiträge abgehen, hat die Deputation der Allgemeinen Verwaltung und der Magistrat die Bitte der Hausmannsfrau Behrens als berechtigt anerkannt.

Punkt 15: Bewilligung der Mehrausgabe für Beschaffung der neuen Zinsscheinbogen der Merseburger Stadtanleihe. Begründung: In der Annahme, daß für die Beschaffung neuer Zinsscheinbogen für unsere Stadtanleihe, die Ende September 1921 abgelaufen sind, die bisher zu diesem Zwecke gesparten Mittel von 2538 Mark 50 Pfg. ausreichen würden, sind weitere Mittel in die Haushaltspläne für 1920 und 1921 nicht eingestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Erhöhung der Preise für Papier und Druckkosten sowie der Zinsscheinsteuer und durch die Verlängerung der Laufzeit der Zinsscheine auf 10 Jahre, wurde eine Ueberschreitung der angesparten Mittel nötig.

Punkt 16: Erhöhung der Gebühren für die Teilnahme der unbesoldeten Magistratsmitglieder und der Stadtverordneten an Sitzungen. Die bisherige Entschädigung für die unbesoldeten Magistratsmitglieder und für die Stadtverordneten für die Teilnahme an Sitzungen und für den Schriftführer der Stadtverordnetenversammlung wird vom 1. 1. 1922 ab verdoppelt und zwar auf

A. für die Stadtverordneten:

1. für jeden durch eine Stadtverordnetenversammlung in Anspruch genommenen Nachmittag 10 Mark, 2. für jeden durch eine oder mehrere Sitzungen in Anspruch genommenen Vormittag 10 Mark, 3. für jeden durch eine oder mehrere Sitzungen in Anspruch genommenen Nachmittag 6 Mark.

B. für die unbesoldeten Magistratsmitglieder:

1. für Teilnahme an einer Magistratssitzung am Vormittag 16 Mark, 2. im übrigen die gleichen Sätze wie unter A für Stadtverordnete vorgesehen.

C. für den 1. Schriftführer der Stadtverordneten-Versammlung jährlich 600 Mark.

Der erforderliche Mehrbedarf in Höhe von etwa 1960 Mark wird aus der Außerordentlichen Rechnung Teil V 1c entnommen und bei der Ausgabe der „Allgemeinen Verwaltung" entnommen und bei der Ausgabe der „Allgemeinen Verwaltung" Teil III, 3 in Ausgabezugang bewilligt. Begründung: In einer der letzten Stadtverordneten-Sitzungen ist angeregt worden, die Sätze für Teilnahme an Sitzungen zu erhöhen. Die Deputation der Allgemeinen Verwaltung hat Verdoppelung befürwortet und der Magistrat hat zugestimmt. In dem Ansatz der Außerordentlichen Rechnung VI 1c stehen noch rund 130 000 Mark zur Verfügung.

Punkt 17: Verkauf einer Baustelle an den Eisenbahnfiskus. Begründung: Es kann nur mit Freuden begrüßt werden, wenn die Eisenbahndirektion Halle an der Annenstraße jetzt noch ein 5. Haus zur Unterbringung von sechs Familien ohne städtische Zuschüsse errichtet.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Umgebung

Der Verein ehemaliger blauer Husaren, Merseburg, hielt am Mittwoch abend im „Tivoli" seine diesjährige Vereinsversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Herr Kreisausschußsekretär Hannemann, hielt eine markige, anfeuernde Ansprache, die sich aber parteipolitisch völlig in neutralen Bahnen bewegte. Er begrüßte die Kameraden im neuen Jahre und wünschte, daß der Geist guter, bewährter Kameradschaft auch fortan im Vereine herrschen möge. Die Pflicht der Kameradschaft erinnere immer wieder daran, tätige Liebe zu üben an allen, die aus unseren Reihen der Hilfe bedürftig sind, sonderlich auch an Witwen und Waisen. Die Fechtanstalt des Bundes erfreicht die ganz besondere Pflege aller Kameraden. Stehen wir nicht zurückzt! Helfen wir im neuen Jahre großzügig! Ganz selbstverständlich, daß wir bei einem Jahresanfange einen hoffenden Blick auf Volk und Vaterland werfen. Ein für unser Vaterland hartes Jahr ist ins Meer der Zeit hinabgesunken. Scher lastet die Hand der Siegers auf uns. Die schwerste Wunde, die das alte Jahr unserm Vaterlande geschlagen hat, ist der Verlust des oberschlesischen Industrie-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220106-17/fragment/page=0002

gebietes. Zu dem oberschlesischen Raube kommen zahllose Bedrückungen anderer Art — eine Kette von Not, so daß man wohl fragen darf: Was kommt nun als neue Forderung der Feinde? Darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß das neue Jahr für das deutsche Volk neue — vielleicht noch drückendere Lasten — bringen wird. Dennoch würden wir schlechte Deutsche sein, wenn wir den Mut verlieren wollten. Die Not ist noch immer die erfolgreiche Erzieherin gewesen. Sie hat die Schlacken des Volkscharakters, die eine weichliche oder verweichlichte Zeit schuf, hinweggeräumt. In unserem Volkstum liegt unsere Kraft. Wir sind nimmermehr verloren, wenn wir diese Quelle wieder erschließen. Aber felsenfester Glaube an ein Wiedervorwärts- und -aufwärtsstiegen gehört freilich dazu, ist Voraussehung alles Aufstieges. Jeder einzelne muß solchen Glauben haben und danach tun! Dann wird auch das andere, was uns not tut, gewonnen sein: nationale Würde. Was soll man zu solchen „Deutschen" sagen, die in fanatischer Verblendung ihr eigenes Vater- und Mutterland beschmutzen und dem Feinde Waffen gegen sich selbst liefern? Es heiße bei allem im neuen Jahre: „Das Vaterland über alles!" Kameraden! Seit dem 1. Januar an führt der Deutsche Kriegerbund den Namen Deutsche Krieger-Wohlfahrtsgemeinschaft und der „Kyffhäuser-Bund den Namen Deutscher Nationalkriegerbund „Kyffhäuser". Damit ist der Schlußstein zu der großen Vereinigungsbestrebung des deutschen Kriegervereinswesens gelegt worden, die seit Jahrzehnten unser Ziel und Streben war: durch den Reichskriegerbund „Kyffhäuser" ist die Zentralinstanz geschaffen, die in der Lage ist, für die Gesamtheit aller deutschen Kriegervereine, deren wir wohl jetzt rund 30 000 zählen, bindende Beschlüsse zu fassen. Weder der Zweck, noch die Tendenz, noch die vaterländischen Aufgaben und Ziele des Kriegervereinswesens sind durch diese Namensänderung in irgendeiner Weise berührt oder gar geändert worden. Durch die Vereinheitlichung aber ist unsere Millionenorganisation nicht nur innerlich fester zusammengeschlossen — sie hat auch nach außen hin wesentlich an Bedeutung gewonnen. Mit einem Hoch auf den Reichskriegerbund schloß die begeistert aufgenommene Ansprache. Die Versammlung beschloß im übrigen, daß die alljährliche Hauptversammlung jedesmal am letzten Sonntage des Januars, mittags 1 Uhr, nach vorherigem gemeinsamen Kirchgang im Dom stattfinden solle, damit den auswärtigen Mitgliedern Gelegenheit geboten ist, daran teilzunehmen.

Verein zur Hebung der Geflügelzucht.

* Am Mittwoch abend hielt der Verein im „Neuen Schützenhause" seine Hauptversammlung ab. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Kaufmann Wellepp kamen zuerst die internen Angelegenheiten zur Erledigung. Punkt 2, Bericht über die Ausstellung, konnte nicht erschöpft werden, da ein rechnerischer Abschluß nicht vorlag. In den Vorstand wurden neugewählt die Herren Groß, Heinrich, Pietzner, Zimmermann. Das zehnjährige Bestehen des Vereins soll durch eine Feier, für die der 11. d. M. in Aussicht genommen ist, im „Neuen Schützenhause" begangen werden.

Die Kosten der Lebenshaltung.

* Die Aufwärtsbewegung der Kosten der Lebenshaltung setzt sich laut Statistik vom November zum Dezember wegen des vorhergegangenen Sturzes der Reichsmark weiter fort. Die Reichsindexziffer ist um 11 Prozent gestiegen gegenüber dem November 1920 sogar um 66 Prozent, gegenüber dem (billigsten Monat) Mai 75,1 Prozent.

Keine Kürzung der Bezüge der Kommunalbeamten.

* Auf den Protest des Verbandes der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens und des Preußischen Städtetages hin hat der Minister des Innern die angeordnete vorläufige Kürzung der für die Gemeindebeamten sich aus Anlaß der letzten Besoldungserhöhung im Reich und Staat ergebenden Mehrbeträge telegraphisch aufgehoben, nachdem die vom Reichsfinanzministerium an die Vorschußgewährung gegenüber den Gemeinden geknüpften Bedingungen ebenfalls auf die Proteste hin entsprechend abgeändert worden sind.

Das preußische Beamtengesetz und der preußische Staat.

Die preußische Staatsregierung erkennt das Allerstrengste Gesetz vorläufig als rechtsgültig an. Sollte das Reichsgericht dieses Gesetz als ungültig verwerfen, so müßte den erhobenen Ansprüchen der pensionierten Beamten auf Gehaltsfortzahlung entsprochen werden. Der Staat könnte ja die Beamten nicht wieder einstellen, müßten ihnen aber das volle Gehalt zahlen. Man rechnet damit, daß das Reichsgericht in absehbarer Zeit zu einem Beschlusse kommen wird. Bei ungünstigem Ausgange des Prozesses müßte Preußen die entstehenden Mehrkosten auf seinen Etat übernehmen d. h. der Steuerzahler bezahlt den Irrtum des Landtags.

Das neue Beamtendisziplinarrecht

und die übrigen Gebiete des Reichsbeamtenrechts sind im wesentlichen fertiggestellt. Der neue Minister des Innern hat aber verfügt, daß eine endgültige Fassung erst erfolgen soll, wenn der Reichstag das ihm seit einem halben Jahre vorliegende Beamtenvertretungsgesetz verabschiedet hat.

Dienstmädchen sind steuerfei.

* Nach der neuen Steuerregelung brauchen Lohnempfänger bis 7800 M. Jahresverdienst keine Einkommensteuer zu bezahlen, da der sich ergebende Steuerbetrag die gesetzlich zulässigen Abzüge, wie Werbungskosten, aufgezehrt wird. Demnach sind also die meisten Hausangestellten und ähnliche niedere Einkommen jetzt steuerfrei.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G. Halle.

= h. Halle, 6. Januar. Die Gesellschaft plant die Verlegung und eine Vergrößerung ihrer Fabrikanlagen. Sie hat an der Kasseler Bahnstrecke ein Grundstück in Größe von 50 000 Quadratmeter erworben. Schon während des Krieges hatte die Firma ein in der Nähe des jetzt erworbenen Geländes ein solches von 60 000 Quadratmeter erworben. Das neue Gelände ist für den Bau von Wohnhäusern für die Beamten vorgesehen, während für Beschaffung von Arbeiterwohnungen mit Siedlungsgesellschaften verhandelt wird. Die Hallesche Maschinenfabrik, deren vorzügliche Spezialität die Einrichtung von Zuckerfabriken, Brennereien und Spritfabriken ist, wird die Anlegung ihrer Fabrikanlagen bald in Angriff nehmen. Man hofft bereits in diesem Jahre mit dem Baue einer Gießerei beginnen zu können. Die Arbeiterzahl hat bereits den Friedensstand überschritten. Der Geschäftsgang im verflossenen Jahre war gut, es lagen sehr viel Auslandsaufträge vor und auch jetzt ist der Auftragsbestand noch so groß, daß die Gesellschaft bis auf ein weiteres halbes Jahr voll beschäftigt ist. Im Vorjahre zahlte die Hallesche Maschinenfabrik 35 Prozent Dividende.

Errichtung einer Schulferienkolonie für tuberkulose Kinder.

h. Halle, 5. Jan. Die jüngsten Erhebungen in den hiesigen Schulen zeitigten das Ergebnis, daß 187 tuberkulose, 75 schwer skrophulöse, 249 tuberkulosegefährdete Schulkinder vorhanden sind. Das Stadtgesundheitsamt wird demnächst dem Magistrat die Vorlage zwecks Errichtung einer Schulferienkolonie für städtischen Grundstück der Pestalozzi-Fröbel-Schule unterbreiten. Die Gesamtkosten für Errichtung und Unterbringung von 150 Kindern belaufen sich auf 377 625 Mark und die laufenden Kosten jährlich auf 481 625 Mark.

Hochwasser in Thüringen.

† Halle a. S., 6. Jan. Die Saale ist in der Nähe von Jena und Rudolstadt aus den Ufern getreten. Infolge des Hochwassers der Tettau mußte der Zugverkehr Rothenkirchen-Tettau eingestellt werden. Auch aus anderen Teilen Thüringens kommen Hochwasser-Meldungen.

Letzte Depeschen

Die Reparationsfrage in Cannes vorläufig zurückgestellt.

Cannes, 6. Januar. Die erste Vollsitzung der Konferenz findet heute Freitag 11 Uhr vormittags im Cercle Nautique unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand eröffnet werden. Sie wird sich mit der Prüfung der Probleme des wirtschaftlichen und finanziellen Aufbau Europas befassen. Die Frage der Reparation wird noch nicht zur Sprache kommen, da die vorbereitenden Arbeiten der Sachverständigen noch nicht weit genug gefördert sind. Die nächste Sitzung findet dann wahrscheinlich Montag statt. Man erwartet, daß die Arbeiten der Konferenz schon am 13. oder 14. Januar beendet sein werden.

Briands Widerstand gegen ein Moratorium.

Brüssel, 6. Januar. Ministerpräsident Briand erklärte dem nach Cannes entsandten Berichterstatter der „Etoile Belge", nachdem er ihm versichert hatte, die belgische Priorität werde von Frankreich nicht angetastet werden:

„Wir sind gegen ein Moratorium. Wenn Belgien in dieser Frage mit uns gegen England und Italien zusammenhält, so kommt es zu keinem Moratorium."

Paris, 6. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Briand hatte gestern noch eine Unterredung mit Lloyd George. Er soll befriedigende Aufklärungen und Zugeständnisse bez. der Anerkennung des Wiesbadener Abkommens von Lloyd George erhalten haben.

Die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission.

Vorläufig keine weitere Aeußerung auf die drei Rückfragen.

Berlin, 6. Jan. Wie W. T. B. erfährt, hat die deutsche Kriegslastenkommission am 4. d. Mts. der Reparationskommission eine Note überreicht. Darin wird die Uebermittlung von Material zu den von der Reparationskommission in der Note vom 2. Dezember vorigen Jahres aufgeworfenen Fragen angekündigt. Im übrigen wird der Annahme Ausdruck gegeben, daß mit Rücksicht auf den Zusammenhang der in der Note der Reparationskommission vom 16. Dezember v. J. gestellten Fragen mit den den Gegenstand der Besprechungen des Obersten Rates bildenden Angelegenheiten die deutsche Regierung auf keinen Widerspruch stoßen werde, wenn sie sich im gegenwärtigen Augenblick weiterer Aeußerungen zu diesen Angelegenheiten enthalte.

Der heutige Dollarstand.

Berlin, 6. Jan. Der Dollar stand heute mittag 12 Uhr 194.

Ein Alliierter Kriegsrat für die Kriegsbeschuldigten.

Paris, 6. Jan. (Eig. Drahtber.) Die Alliierten-Konferenz, die heute in Paris zusammentritt, um über die Kriegsbeschuldigtenfrage ein Urteil abzugeben, soll beabsichtigen, nach Nancy baldigst einen Kriegsrat einzusetzen, der sich mit den deutschen Urteilen über die Kriegsbeschuldigten zu befassen hätte.

Das Washingtoner Marineabkommen.

Washington, 6. Januar. Das Marineabkommen, das kurz vor seiner Fertigstellung steht, wird folgende Artikel enthalten: 1. Bestimmungen über die Einschränkungen der Tonnage, des Kalibers der Geschütze und die Zahl der Schiffseinheiten erster Klasse; 2. Bestimmungen über den Ersatz dieser Einheiten nach einem für jede Macht aufgestellten Programm; 3. Bestimmungen über die Flugzeugbegleitschiffe; 4. Bestimmungen über die leichten Kreuzer; 5. Bestimmungen über die Anwendung der U-Boote und das Verbot, Handelsschiffe zu Kriegszwecken zu verwenden.

Das Abkommen wird ferner Bestimmungen über die Verwendung von Bomben im Luftkriege enthalten und Regeln für den Bau von Schiffen auf Privatwerften für Rechnung fremder Staaten aufstellen. Bestimmungen über die künftige Kriegsführung sollen ebenfalls erlassen werden, namentlich über die Kriegsführung gegen solche Mächte, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben. Auch die Aufstellung der Geschütze an Bord der Einheiten erster Klasse soll geregelt werden. Ferner wird das Abkommen Richtlinien über die Einberufung periodischer Konferenzen geben, die Abänderungen an den Bestimmungen des jetzt zu schließenden Vertrages vornehmen könnten.

Das Abkommen ist so weit vorgeschritten, daß das Marineomitee wahrscheinlich schon heute eine Sitzung abhalten kann. Man spricht auch von einer Vollsitzung der Abrüstungskonferenz am Freitag oder Sonnabend.

Streiks in Thüringen.

† Halle a. S., 5. Jan. Die Porzellanarbeiter in Rudolstadt und anderen thüringischen Städten sind abermals in den Streik getreten. Auch die Arbeiter der thüringischen Schieferindustrie sind wegen Lohndifferenzen in den Streik eingetreten. Der ganze Speditionsbetrieb liegt in Halle still, weil die Transportarbeiter die Arbeit niedergelegt haben. Die Streikenden unterbinden auch den Zuzug nach Halle.

Aus Provinz und Reich

Zu dem Leichenfund in Aschersleben.

† Aschersleben, 6. Januar. Bei den im Hause am Zibbelmarkt 11 in ihrem Logis tot aufgefundenen jungen Leute handelt es sich um den Arbeiter Alfons Scharmach und den Kriegsinvaliden Christian Hünecke. Die Leiche Scharmachs ist in den etwa zehn Tagen bis zur Auffindung so stark in Verwesung übergegangen, daß die Todesursache noch nicht festzustellen war. Bei Hünecke liegt aber zweifellos Selbstmord vor, da er sich in der Küche der Wirtsleute von innen eingeschlossen, die Thürritzen mit Handtüchern verstopft, die Gashähne geöffnet und ein am Boden liegendes Kopfkissen lang hingestreckt den Tod erwartet hat. Vermutlich hat vorher wegen einer Liebesaffäre ein Streit zwischen beiden stattgefunden, in dessen Verlauf der Scharmach durch einen Schlag zu Boden gestreckt wurde. Darauf hat Hünecke seinen Schlafkameraden auf das Bett gelegt und Selbstmord verübt.

Der Raubmord an dem Händler Ziegler.

† Berlin, 5. Jan. Als Raubmörder an dem Altkhändler Ziegler in der Mulackstraße wurden vier junge Burschen, darunter zwei Polen, verhaftet, die alles gestanden und 20 Einbrüche, Raubüberfälle usw. verübt haben.

Ein neuer Raubmord.

† Berlin, 5. Jan. Gestern abend wurde der 47jährige Maler Richard Barthauer aus der Berliner Straße in Buchholz bei Berlin mit eingeschlagenem Schädel im Bette tot aufgefunden. Es liegt anscheinend Raubmord vor.

Eine neue Klage der Prinzessin Joachim.

† Berlin, 6. Januar. Vor der vierten Zivilkammer des Berliner Landgerichtes 1 stand heute vormittag die Verhandlung einer Klage der Prinzessin Joachim gegen den König von Preußen an. Die Klägerin, Witwe des unlängst verstorbenen Prinz Joachim von Preußen, klagt auf Grund der Ehepakten des Hohenzollernschen Hausgesetzes auf Zahlung von Unterhaltungsgeldern. Die Klage ist von dem Rechtsbeistand der Prinzessin, Justizrat Dr. Lubszynski, angestrengt worden. Der gegnerische Vertreter, Reichsanwalt Dr. Langemann, hat in einem Schriftsatze die Anficht vertreten, daß das Hohenzollernsche Hausgesetz nicht mehr Geltung habe und auf Abweisung der Klage zu erkennen sei. Zu einer Verhandlung ist es heute nicht gekommen, da nach Erklärung der beiden Parteivertreter ein Ausgleich bevorstehe. Hierzu erfahren wir, daß die früheren bekannten Verhandlungen über Herausgabe des jungen Prinzen, die jetzt perfekt geworden sind, auch auf den jetzigen Streitgegenstand erstreckt worden sind. Sie seien bereits zu einem gewissen Abschlusse gelangt, bedürfen indes noch der Zustimmung des Kaisers. Da diese in aller Kürze erfolgen werde, würden die Ansprüche der Prinzessin an ihn dieser Beziehung voll befriedigt werden.

Eine Margarineschiebung vereitelt.

† Herford, 5. Jan. Auf dem hiesigen Kleinbahnhof ist eine große Margarineschiebung vereitelt worden. Es war beabsichtigt, zwei Waggon Margarine im Werte von 600 000 Mark nach Bielefeld und von da aus nach Holland zu verschieben.

Bäckerstreik in Essen.

† Essen, 5. Jan. Die Bäcker in Essen sind am Donnerstag früh in den Streik getreten. Einigungsverhandlungen sind eingeleitet. Die Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkt, daß ohne eine Preiserhöhung von fünfzig Pfennig für das dreipfündige Brot die Forderungen der Bäckergesellen nicht erfüllt werden können. Der Regierungspräsident hat zu der geforderten Brotpreiserhöhung die Genehmigung versagt.

Schädigung durch das Sturmwetter.

Hamburg, 5. Januar. Der anhaltende heftige Sturmwind hat eine katastrophale Sturmflut mit sich gebracht. Insbesondere richtete das Hochwasser in den Küstengebieten großes Verheerungen an. So sind in Hamburg alle tiefer liegenden Werkstätten, Speicher und Keller völlig unter Wasser gesetzt. Die Fluthöhe erreicht bereits 7½ Meter über normal.

† Stettin, 5. Jan. Der Sturm hat in den letzten Tagen in der Nähe von Rügenwalde schweren Schaden verursacht. Die Wipper und die Grabow wurden über ihre Ufer gedrängt und bilden einen großen See. In Damerkrott schlugen die Wellen bis in die Straßen. Die Bewohner machen sich zum Verlassen der Häuser bereit. 400 Meter Dünne sind von der See weggerissen worden.

† Carlsruhe, 5. Jan. In der Nordsee wurde in Seenotseetrieben mit schwerbeschädigten Ruder und Kessel der belgische Dampfer Crinie durch Carlsruher Schlepper geborgen.

Ein Lawinenunglück.

† Innsbruck, 5. Jan. Im Laufe des Mittwoch verunglückten im Wattentale bei Innsbruck eine aus fünf Personen bestehende Münchner Gesellschaft durch eine Lawine. Zwei der Verunglückten konnten sich herausarbeiten. Sie stellten sofort Versuche zur Rettung ihrer Kameraden an und es gelang ihnen, einen der Verunglückten tot zu bergen. Von den anderen zwei fehlt jede Spur. Die Rettungsstation Innsbruck hat Donnerstag früh eine Rettungsexpedition abgesandt; es besteht aber wenig Hoffnung, die zwei unter der Lawine Begrabenen noch lebend zu bergen.

Verantwortliche Redaktion: Politik, Stil. und prov. Teil: Dr. Hablo. — Sport: M. Hechtheimer. — Anzeigen: H. Balg. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balg sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220106-17/fragment/page=0003

Familien-Nachrichten.

Verlobt Rosa Kuhnt, Naumburg mit Herrn R. Wolters, Arlington.

Gestorben Ilse, 11 J. Tochter des Herrn Carl Berlin, Weißenfels; Schuhmacher Friedr. Karl Krause, 63 Jahr, Weißenfels; Frau verw. Emma Meißner, Weißenfels; Junofrau Else Joch, 19 Jahr, Leipzig; Emil Hoff, Maschinist, Naumburg; Maximilian Hauchhile, Pforta; August Länger, 80 J., Lauchstedt

Ortspolizeiverordnung:

Betr. die Erbauung des Geländes zwischen Teichstraße, Straße nach Geusa, Gemeindebezirksgrenze und Clobicauerstraße.

In Nr. 2 des Amtsblattes der Stadt Merseburg vom 6. Januar 1922 ist obenstehende Ortspolizeiliche Verordnung vom 2. Januar 1922 Nr. B. P. 406/21 — veröffentlicht

Merseburg, den 6 Januar 1922.

B. P 407/21. **Die Polizei-Verwaltung.**

Unsere Mitglieder ersuchen wir, die

Mitgliederbücher

zum Vortrag des Guthabens für 1921 bis zum

9. Januar 1922

in unserem Geschäftslokal, vormittags 9—1 Uhr, abzugeben.

Merseburger Vereinsbank

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Wohlmuth-Institut

Merseburg — Wohlmuth — Clobigkauerstraße 30

Elektro-galvanische Heilapparate zur völlig schmerzlosen Selbstbehandlung für Nerven-, Rheuma-, Gicht- und Gelenkes-Kranke. Erkrankungen der inneren Organe — Gelähmte. Schnelle Hilfe bei Erkältung. Behandlung auch bei Greisen und Neugeborenen. Beurteilung ärztlicher Autoritäten und Referenzlisten liegen auf.

Unverbindliche Vorführung im Institut.

Sprechstunden 8—10 vormittags.

Behandlung — Verkauf — Vermietung.

Stelle Sonntag, den 8. Januar, junge schwere Altmärker tragende

Kühe u. Kalben

sowie frischmilchende Kühe

sehr preiswert zum Verkauf.

Albert Beyer, Schkeuditz. — Fernruf Nr. 369.

Zu kaufen gesucht:

100-200 Ztr. gesunde Runkelrüben.

Offerten mit Preisangabe erbittet

Rittergut Blösien, Post Frankleben.

Patent-Sackaufhalter „Ruck-Zuck" (D. R. P.)

für jeden Landwirt, Getreide-, Kartoffel-, Fourage usw. Händler gewaltige Ersparnis an Arbeitskraft. Einzelne Bezirksvertretungen noch zu vergeben.

Generalvertretung Gr.-Salze, Leipzigerstr 4

Achtung! Zollbau!

Am 28. 9. 21 wurde beim Amtsgericht Berlin-Mitte nachst Firma eingetr.

Deutsche Zollbau-Licens-Verwertungs-G. m. b. H.

Sitz: Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 30

Gesellschafter und Stammkapital:

1. Stadtbaurat Fritz Zollinger, Merseburg . . . . . 20 000.— ℳ
2. Albert Wies, Cöln . . . . 15 000.— „
3. Max Hunger, Berlin . . . 15 000.— „

50 000.— ℳ

Zweck:

Propaganda für Zollbauweise: Licensgebühr für die Gußform, durchschnitt. . . . . 2 000.— ℳ

Licensgebühr f. das Lamellendach 1 000.— „

Obiges allen Interessenten zur nachdenklichen Kenntnis.

Rodelschlitten

43 52 68 75 95 125 Mark.

Schlittschuhe

Sport-Haus **Hans Käther**

Kl. Ritterstr. 1 (Ecke Entenplan).

Telephon 589.

Schon der alte Fritz sagte:

„Derjenige, der es fertigbringt, daß dort, wo bisher eine Aehre wächst, deren zwei stehen, ist bedeutender als der größte Feldherr!"

Und:

„Wer die Erzeugnisse seines Bodens steigert macht Eroberungen von der Barbarei!!!"

Darum düngt mit Kali!

Ratschläge über Bodenbearbeitung und richtige Düngung erteilt kostenlos die Landwirtschaftliche Auskunftsstelle des Deutschen Kalisyndikats G. m. b. H., Leopoldshall-Staßfurt.

Raucher sparen Geld

wenn dieselben meine Rauch-Tabake direkt ab Fabrik beziehen.

Versende franco einschl. Verpackung gegen Nachnahme:

8 Pfd	8 Pfd.	8 Pfd.	8 Pfd.	8 Pfd.
200 M.	240 M.	280 M.	320 M.	400 M.

in erstklassiger reiner Qualität, auf Wunsch in den einzelnen Sorten sortiert.

Tabakfabrik W. Hoffer, Düsseldorf 523

Friedrichstr. 108/112.

Anfertigung eleganter Herren- u. Damen-Moden

sowie

Umarbeiten, Wenden u. Aufbügeln

E. H. Georg, Merseburg

Rossmarkt 4 — Rossmarkt 4

Achtung!

Gelegenheitskäufe in stets neuen und gebr. Herren-, Burschen-, Schlosser- u. Drell-Anzügen, Mützen, schwarze, Pilot-, Manchester-, Drell- u. Arbeitshosen sowie Mützen, Stiefel, Schuhe u. Wäsche aller Art spottbillig bei **Köppe, Leipzig,** Sternwartenstr. 2 (Roßplatz).

Bei größeren Einkäufen vergütet ev. Fahrgeld. Händler u. Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Fuhre Dünger gegen Stroh abzugeben.

Erdmann, Tivoli.

Gummi

Waren zur Säuglings-, Wöchnerinnen-, Gesundheits- und Krankenpflege. Verbandstoffe. Dauerwäsche.

C. Klappenbach Sanitätshaus Halle a. d. S. Gr. Ulrichstr. 41

Weißer Teint

wird erzielt durch **Besalon-Bleichcream** der bei täglichem Gebrauch Frost und aufgesprungene Hände verhütet. Er entfernt, stark aufgetragen, Leberflecke, Mitesser usw usw., Tube Mk. 5.-, große Dose 15.-.

Central-Drogerie **R. Kupper** Merseburg, Markt 17.

VEREINIGTE THEATER

Kammer-Lichtspiele Kl. Ritterstrasse 3. — Modernes Theater Gr. Ritterstrasse 1.

Programme von Freitag bis Montag:

Der Silberkönig. 3. Teil: **„Claim 36!"** Spannender Sensations-Fortsetzungsfilm in 5 Akten. Hauptdarsteller: **Grete Reinwald, Leopoldine Konstantin, Bruno Kastner, Fritz Schulz.**

Das Kind der Straße! 1. Teil. Kriminal-Sittenfilm in 6 Akten von Jane Heß. Hauptdarstellerin: **Edith Posca.**

Margot „De Plaisance"! Ein Frauenschicksal in 5 Akten von Jane Heß. In der Hauptrolle: **Lu Sijnd, Aruth Wartan.**

Des Teufels Advokat! Drama in 6 Akten von Hans Brennert. In der Hauptrolle: **Edith Meller, Rob. Scholz**

Anfang 5 Uhr. **Sonntag 3 Uhr.**

in den Kammer-Lichtspielen von nachmittags 3 Uhr an: **Große Jugend-Vorstellung: Cowboy Jim auf Brautschau.**

Kleinkunst-Bühne Neues Schützenhaus / / / Tel. 292. Täglich abends 8 Uhr. Sonntags nachmittags 3 und abends 8 Uhr. Das große Fest-Programm. Glanzspiele erstklassiger Cabarett-Künstler. Jeden vierten Tag Programmwechsel. Direktion: H. Bohnenberger

Stadttheater Halle. Freitag, nachm. 3 Uhr **Dornröschen.** Abends 7½ Uhr: **Dreimäderlhaus.** Sonnabend, nachm 3 Uhr **Dornröschen.** Abends 7½ Uhr: **Hänsel und Gretel.**

Irene. Sonnabend **Singstunde.** Damen ½8 Uhr, Herren 8 Uhr.

Eine tüchtige **Waschfrau** sucht bei hohem Gehalt **Müller's Hotel.**

Suche sofort eine **Waschfrau** Erdmann, Tivoli.

Konditorei Gg. Winter, Oelsrube 1

Tägl. frisches Gebäck in bekannter Güte. Bayrische Malzbonbon, Honigmalz — und Eukalyptus-Bonbon. —

Für den Alleinvertrieb eines erstkl. tägl. Gebrauchsartikels - neues Patent - suchen wir einen gewandten **Vertreter,** Hausierer u. Reisende. Hoher Verdienst auch im Nebenvertrieb. Prospekt und Lieferungsbedingungen gratis gegen Rückporto. Offerten an Fg. Dörner, Eisleben Hallesche Str. 34.

Wer irgend etwas **sucht, der findet** es schnell durch eine Anzeige in dem **Merseburger Tageblatt.**

Junger Mann sucht in gutem Hause behaglich, einfaches **Zimmer.** Angeb. u. M. S. 100 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Möbl. Zimmer mögl. sofort gesucht von anständigem Herrn. Offert. erbeten unt. „Zimmer" a. d. Geschäftsst. d. Blattes.

Junger Mann sucht **möbliertes Zimmer** Off. unt P. O 902 an die Exp. d. Blattes.

Möbliert. Zimmer sofort gesucht. Offert. unt. S. H. 905 an die Exped. dieses Blattes.

Möbl. Zimmer für sofort gesucht. Offert unter A. A. 907 an die Expedition dieses Blattes

Junger Mann sucht **möbl. Zimmer** Offert. unt. Z. G. 908 an die Exped. d. Bl.

Jung. kaufm. Angest. s. per sofort **möbl. Zimmer** zu mieten. Werte Angeb. erb. u. V G. 910 a. d. Exped. d. Blattes.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 8. Jan. 1922 (1. n. Epiphanias). Gesammelt wird eine Kollekte für den Evangelisch Kirchl. Hilfs-Verein.

Es predigen: Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Bithorn.

Nachm. 5 Uhr: Diakonus Wuttke.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat.

Volksbibliothek: Geöffnet Sonntags von 11 bis 12 Uhr mittags.

Es predigen: Stadt. Vorm. 10 Uhr: P. Riem,

Evang. Männer- und Jugendverein.

Sonntag, abends 8 Uhr: Versammlung. Freitag, abends 8 Uhr: Bibelstunde — An der Geisel 5. Pastor Wertier.

Evang. Mädchenbund St. Marini.

Dienstag, abds. 8 Uhr: Chorgesang in der Herberge zur Heimat. — Lehrer Busch.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Versammlung. An der Geisel 5. — Pastor Riem.

Es predigen: Altenburg. Vormittags 10 Uhr: Pastor Kragenstein.

Im Anschluß Beichte u. Feier des heil. Abendmahls.

Landeskirchliche Gemeinschaft. Bibelbesprechstunde jeden Mittwoch, abends 8 Uhr: Karlstraße 4, Hof, eine Treppe.

Christliche Versammlung, Blanckestraße 1.

Sonntag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Dienstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Katholischer Gottesdienst, Merseburg.

Sonntag, den 8. Januar 1922.

6,30 Uhr Beichte.

7,30 Uhr Frühmesse mit Predigt.

9,30 Uhr Hochamt mit Predigt.

Nachm. 2 Uhr Andacht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220106-17/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 5 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 6. Januar 1922

Der „Vorwärts“ als Anwalt der Defizitwirtschaft

geht ihm wider das Gefühl. Es handelt sich um die Bestimmung, daß ihm etwaige Fehlbeträge oder Kapitalaufwendungen nicht mehr aus allgemeinen Reichsmitteln zu bestreiten oder zu beschaffen, sondern im Wege einer Anleihe aufzubringen wären. Hier entsteht denn vor seinem inneren Auge das Gespenst der Privatisierung mit allen ihren katastrophalen Folgen für die Programmatik der sozialdemokratischen Partei. Und zwar begründet er diese Befürchtung mit dem Hinweise darauf, daß der „Gläubiger der stärkste Mann der Welt wäre.“ Dieser Satz ist ebenso impulsiv und wie falsch. Bekanntlich ist es keineswegs sicher, wer denn der stärkste bei vorhandenen Schulden ist; Tatsache ist, daß der Gläubiger in Angst um sein hergegebenes Geld leben muß, daß er es ist, der die Sorgen hat, der in Abhängigkeit lebt und zwar in um so größerer Abhängigkeit, je unsicherer die politische und wirtschaftliche Lage ist. Wer ist während des Krieges hereingefallen, doch wohl die Staatsgläubiger, die Besitzer von Rententiteln.

Auf dieser schwankenden Prämisse baut der „Vorwärts“ seine weiteren Schlußforderungen auf. Er spricht von der Scheinmacht des Staates unter diesen Verhältnissen. Das genaue Gegenteil ist wahr! Sollte die Industrie unter den bekannten Bedingungen, die allen Interessen Rechnung tragen, die Eisenbahnverwaltung übernehmen, so hätte sie damit die schwere Sorge, die heute die Staatswirtschaft hat, als erste Hypothek auf dem Bahnbetriebe, die so leicht nicht wird beseitigt werden können. Die weiteren Schlußfolgerungen des Blattes bewegen sich auf der gleichen Höhe. Er zitiert Herrn Gruener: „Eisenbahn ist Macht; teilt sich das Reich mit anderen in diese Macht, so verringert es seinen eigenen Einfluß in Politik und Wirtschaft“. Was Politik heute in diesem Zusammenhange bedeutet, wissen wir, dank der allgemeinen Erfahrungen in Aemterverteilung und der Ernährung von Parteifunktionären auf Staatskosten; was der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft bedeutet, haben die Fehlbeträge dargetan, mit denen der Staat wirtschaftet. Die Tarifpolitik der Eisenbahnen, die der „Vorwärts“ in dieser Hinsicht als Gefahr anführt, welche er nämlich dem (Huhu) privatkapitalistischen Interesse ausgeliefert sieht, ja sie würde auch bei Privatbahnen immer noch dem Aufsichtsrechte des Reiches unterstehen. Statt dessen ist dem „Vorwärts“ das Weiterbestehen der gegenwärtigen Defizitwirtschaft, die in die vielen Dutzend Milliarden geht und durch weitere Lohnbewegungen noch weiter gesteigert werden wird, das kleinere Uebel: Die Allgemeinheit kann ja die Defizitwirtschaft durch fortlaufende Steigerung der Geldentwertung bezahlen. Das ist die Wirtschaftspolitik der Anwälte der Sozialisierung. Wir haben Anlaß zu der Befürchtung, daß die Garantiekomission durch die ganze Defizitrechnung des „Vorwärts“ einen dicken Strich machen wird. Wir werden als einzige Folgerung aus einer solchen Politik den äußeren Zwang einhandeln, der uns gewaltsam auf den Weg vernünftiger Wirtschaftspolitik bringen wird. Was mit diesen Mitteln erreicht werden kann, wissen wir. Keinesfalls ist das Wohl des deutschen Erwerbslebens dabei ausschlaggebend, die Ziele der uns grundsätzlich feindlichen Westmächte.

Politische Rundschau

Die Schiffahrt und die neue Handelsflagge.

Ueber das Bild des Hamburger Hafens am 1. Januar, dem ersten Arbeitstage unter der neuen deutschen Handelsflagge mit schwarz-rot-gelbem Eck berichtet das „Hamburger Fremdenblatt“ wie folgt: Kaum ein halbes Dutzend deutscher Schiffe hatte, wie sonst üblich, die Nationalflagge gesetzt, selbst auslaufende Schiffe zeigten nur die Zollflagge, ein Stinnesdampfer führte statt der Reichsflagge einen Tannenbaum. Fremde Schiffe begrüßten den Gasthafen durchweg mit der alten deutschen Flagge. Die Seeleute, denen die Flagge nicht nur eine Dekoration, sondern innere Angelegenheit ist, lehnen das neue Flaggenbild durch ihr Verhalten ab. Sie und die Auslandsdeutschen als berufene Vertreter des deutschen Ansehens in der Welt hätten viel mehr über die Erneuerung der Flagge ein entscheidendes Urteil abgeben können und sollen, als die kontinental gerichteten Politiker der Nationalversammlung.

Eine sehr ernste Folge der Flaggenänderung meldet der „Hamburger Korrespondent“: Eine der größten deutschen Reedereien, deren Dampfer nach Südamerika verkehren, hatte auf Grund des Reichstagsbeschlusses an ihre Generalvertretung in Valparaiso gekabelt, daß ihre an der Westküste Südamerikas befindlichen Schiffe vom 1. Januar 1922 ab die neue Handelsflagge führen müßten. Die Reederei erhielt darauf umgehend als Antwort die Mitteilung aus Valparaiso, daß einige große Firmen Chiles bei Verladung die Dampfer der Reederei auszuschließen beabsichtigen, falls ihre Schiffe die neue Flagge führen sollten. Und doch wurde im Reichstag bei der letzten Beratung der Flaggenfrage wieder von den Gegnern der reinen schwarz-weiß-roten Handelsflagge behauptet, es wäre für den deutschen Handel und die Schiffahrt draußen ganz gleichgültig, welche Flagge die deutschen Schiffe führten.

Calonders Besichtigungsprogramm.

Zu dem auf etwa eine Woche berechneten Aufenthalt der Schweizer Herren in Oberschlesien ist von der deutschen und der polnischen Delegation ein Programm vereinbart worden, dem Bundesrat Calonder zugestimmt hat. Dabei hat Calonder wiederholt betont, daß er den Zweck seiner Reise darin erblicke, sich und seinen Begleitern ohne Voreingenommenheit ein möglichst objektives Bild von den wirtschaftlichen, nationalen und kulturellen Verhältnissen des Abstimmungsgebiets zu verschaffen. Als eine seiner vornehmsten Pflichten betrachtet es Calonder, in möglichst enge Fühlung zur Bevölkerung zu treten und die Wünsche aller Stände und Schichten des Volkes persönlich entgegenzunehmen.

Im Verfolg dieses Programmes sind drei Tage für gründliche Besichtigung der wichtigsten Anlagen des Industriegebietes bestimmt. Am 5. Januar wird Calonder den an Polen abzutretenden Bezirk, am 7. Januar den deutsch bleibenden Teil des Zentralreviers besichtigen, und am 9. Januar wird die Reise sich auf die industriellen Gebiete in den Kreisen Pleß und Rybnik erstrecken. Am 6. Januar, dem Tage der Heiligen drei Könige, und am Sonntag, dem 8. Januar werden die Schweizer Herren in möglichst weitgehendem Maße die Vertreter aller Stände der Bevölkerung empfangen.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Von der Reichsvermögensgesellschaft sind auf Grund des Ultimatums und der Ententenoten nach dem Stande vom 15. November 1921 zerstört worden: 546 Geschütze, 546 Geschützrohre, 978 Lafetten, 2 065 143 Stück Artilleriemunition, 3 950 661 Kilogramm Pulver und Sprengstoffe, 1177 Minen- und Granatwerfer, darunter 334 Signalwerfer, 9902 Maschinengewehre, 415 512 Karabiner und Tankgewehre, 27 242 Revolver und Pistolen, 246 482 blanke Waffen, 2 419 356 Gewehr-, Wurf- und Handgranaten, 2 859 260 Zünder für Handgranaten, 62 735 477 Stück Handwaffenmunition, 420 842 Materialzeug aller Art, 899 963 Sprengladungen usw., 18 283 Wagen aller Art, 1337 Feldküchen; außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, darunter Geschirre, optische Geräte, Nachrichtengerät, Brückengerät, Gasschutzgerät, Bäckereizeug aller Art, Feld- und Förderbahngerät, Geschirr- und Stallsachen, Textilien, Feldküchengerät, Schiffszubehörteile, ferner 120 vollständige Backöfen, 244 Kraftwagen, 35 Kraftwagenanhänger, 18 Motorräder, 289 Fahrräder, 12 232 Armeesättel, 2321 Sielengeschirre (?) 500 000 Platzpatronen.

Ein französischer Unterstaatssekretär als Drückeberger.

Der frühere französische Unterstaatssekretär Ernest Pilgrais ist verhaftet worden. Pilgrais war zu Beginn des Krieges als Leutnant der Infanterie eingezogen, wurde aber im Herbst 1914 entlassen, weil er an der Hand verletzt worden war. Er kehrte nicht mehr zum Heer zurück, sondern wurde für eine Zivilstellung empfohlen. Clemenceau ernannte Pilgrais zum Unterstaatssekretär für die Lebensmittelversorgung. Er ist jetzt verhaftet worden, weil er als verdächtig erscheint, sich die Verletzung an der Hand selbst beigebracht zu haben, um sich dem Kriegsdienste zu entziehen.

Das Arbeitsgesetz im Ausschuß des Reichswirtschaftsrates.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm den Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren einstimmig an. Mit neun gegen acht Stimmen wurde ferner ein von den Arbeitgebervertretern eingebrachter Abänderungsantrag zu einem Gesetzentwurf über die Ablieferung von Ausfuhrdevisen angenommen. Der Gesetzentwurf über die unmittelbare Erfassung von Ausfuhrdevisen für Reparationsleistungen wurde mit neun gegen acht Stimmen angenommen.

Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates wurde bei der Beratung über das Arbeitszeitgesetz ein von Arbeitgebervertreter eingebrachter Antrag, der fordert, daß die Regierung möglichst bald Gesetzentwürfe für die in das Gesetz nicht eingeschlossenen Kategorien, insbesondere für gewerbliche Angestellte vorlege, mit 15 gegen 15 Stimmen angenommen. Von den Arbeitnehmervertretern wurde erklärt, daß ihnen nach Annahme dieses Antrages eine weitere Mitarbeit nicht möglich erscheine. Ein Antrag auf Ueberweisung des Arbeitgeberantrages an das Plenum wurde vom Ausschusse abgelehnt, der Beschluß, zur Klärung der strittigen Fragen sei eine zweite Beratung vorzunehmen.

Hilfe für die hungernden Wolgadeutschen

verlangt nachstehende parlamentarische Anfrage des deutschnationalen Abg. Walle an die Reichsregierung: „Das Hilfswerk der Wolgadeutschen E. V., Berlin, hat unter dem 3. August eine Eingabe an das Auswärtige Amt gemacht mit der Bitte, die Genehmigung zur Einreise von 10 000 Kindern der deutschen Wolgakolonisten nach Deutschland zu erteilen. Von den etwa 800 000 Wolgadeutschen sind rund 150 000 stärker verhungert. Es ist dem Hilfswerk der Wolgadeutschen gelungen, Geldmittel aus Amerika zu bekommen, so daß erstens diese Kinder und zweitens einige Tausend deutscher Familien in Deutschland untergebracht werden können, ohne das Reich selber zu belasten. Der Bevollmächtigte des Zentralkomitees des russischen Roten Kreuzes in Deutschland hat bereits am 19. September die Genehmigung zur Ausreise der deutschen Kinder erteilt. Bis zum heutigen Tage hat das Auswärtige Amt dem Hilfswerk überhaupt noch keine Antwort erteilt, ja nicht einmal den Empfang des Briefes bestätigt. — Etwa 4000 Wolgadeutsche haben sich bis zur russisch-polnischen Grenze durchgeschlagen.

Unter falscher Flagge.

Roman von M. With.

(Nachdruck verboten.)

„Ich bin außerstande, es Ihnen zu sagen. So, wie sie da sind, habe ich die Behälter von meiner Mutter ererbt. Es waren ihrer viel mehr, aber die meisten habe ich bei meinen Vorführungen bereits verbraucht. Ich weiß nur, daß man bei ihrer Verwendung mit größter Vorsicht zu Werke gehen muß, und daß es sich bei ihrer Herstellung um ein Geheimnis handelt, über das heute kein Lebender mehr verfügt.“

„So zeigen Sie uns, wie Sie bei Ihren sogenannten Vorstellungen verfahren sind.“

Anita öffnete einen der Käfige, in dem sich eine Taube befand, nahm das sichtlich verschüchterte Tier heraus und warf es in die Luft. Erst flatterte die Taube unruhig hin und her, dann aber wollte sie dem endlich erspähten offenen Fenster zufliegen. Da streckte Anita die rechte Hand aus, in der sie eine der glitzernden Tuben hielt. Ein ganz schwaches, zischendes Geräusch wurde vernehmlich, und in der nämlichen Sekunde fiel die Taube schwer wie ein Stein zu Boden. Ein leichtes Zittern überlief den kleinen Körper, dann lag sie regungslos, und Anita erklärte:

„Sie ist tot. Und ich schwöre, daß sie das letzte Opfer meiner abscheulichen Kunst gewesen ist.“

Der italienische Geheimagent, der gleich allen anderen heute vernommenen Zeugen im Saale geblieben war, trat nach einem fragenden Blick auf den Untersuchungsrichter näher und hob die Taube auf, um sie aufmerksam zu untersuchen.

„Eine äußerliche Verletzung ist nicht wahrnehmbar,“ sagte er, indem er das winzige, noch lebenswarme Körperchen auf den Tisch niederlegte. Es kann sich bei der Natur des Experiments also nur um einen sehr starken Gasdruck oder etwas dergleichen gehandelt haben. Eine mit der nötigen Behutsamkeit vorgenommene wissenschaftliche Untersuchung der Tuben und ihres Inhalts muß ja das Nähere ergeben.“

„Sie bleiben also dabei, Fräulein Giovanni, daß Sie nichts von der eigentlichen Beschaffenheit Ihres Geheimnisses wissen?“

„Nein, ich weiß nichts davon!“

„Und Sie bleiben ferner dabei, daß Sie sich dieses Geheimnisses niemals zu verbrecherischen Zwecken, insbesondere nicht gegen das Leben eines Menschen bedient haben?“

„Niemals habe ich etwas Derartiges getan. Die armen, kleinen Vögel sind meine einzigen Opfer gewesen.“

„Es sind bei Ihnen Briefe vorgefunden worden, die ein gewisser Creter an Ihre Mutter gerichtet hatte, zugleich mit den Konzepten von Antworten Ihrer Mutter, aus denen hervorgeht, daß sie sich von diesem Creter auf betrügerische Weise um ihr Vermögen gebracht glaubte. Es wäre danach sehr begreiflich, wenn auch Sie gegen diesen Creter eine tiefe Abneigung, ja, vielleicht einen wirklichen Haß gehegt hätten. Wollen Sie sich darüber aussprechen?“

„Ja, ich habe ihn gehaßt!“

„Würden Sie sich an ihm gerächt haben, wenn Sie eine Gelegenheit dazu gehabt hätten?“

„Ich weiß es nicht. Was hätte ich denn auch gegen ihn unternehmen können? Ich bin doch nur ein schwaches Mädchen!“

„Nun, wir haben immerhin soeben gesehen, daß Sie über recht gefährliche Waffen verfügten. Aber lassen wir das einstweilen auf sich beruhen. Was ich zunächst von Ihnen erfahren möchte, ist etwas anderes. In den Briefen Ihrer Mutter wird sehr oft auch der Name Volkhardt erwähnt, und es haben sich unter Ihren Effekten auch einige Briefe vorgefunden, die mit Paul Volkhardt unterzeichnet sind. Nach dem Inhalt der Briefe aber muß es den Anschein gewinnen, als ob dieser Volkhardt ein Freund Ihrer Mutter gewesen sei. Ihn zu hassen würden Sie also keine Veranlassung gehabt haben?“

Das Gesicht der Gefragten hatte sich verfärbt, und ein Zittern ging über ihren Körper.

„Ich bitte, mir die Antwort darauf zu erlassen. Ich — ich möchte nicht darüber sprechen!“

„So sagen Sie mir nur eines: Ist Paul Volkhardt, der die Briefe an Ihre Mutter geschrieben, derselbe, gegen den im Gewächshause auf Schloß Buchwalde der Mordanschlag verübt worden ist?“

„Ja,“ kam es leise von Anitas Lippen, „ich glaube, daß er es ist.“

„Es würde, wenn man Sie mit jener Tat in Verbindung bringen will, also scheinbar jede plausible Erklärung für die Beweggründe Ihres Handelns fehlen. Aber die Sache würde sofort in einem anderen Lichte erscheinen, wenn sich herausstellte, daß Volkhardt in Wahrheit nicht ein Freund, sondern ein Feind Ihrer Mutter gewesen ist. Und der Nachweis dafür würde in demselben Augenblick erbracht sein, wo sich ergäbe, daß er der eigentliche Urheber der Creterschen Manipulationen gewesen ist. — Herr Philipp Giebert — ich habe Sie geladen, um uns darüber einige Aufklärungen zu geben. Bitte — treten Sie vor!“

Der Gerufene leistete der Aufforderung Folge. Er bemühte sich, ruhig zu scheinen, aber das Zittern seiner Hände, die eine Stuhllehne umklammerten, gab unzweideutige Kunde von seiner Nervosität.

„Sie stehen seit längerer Zeit in den Diensten des Geldverleihers Paul Creter?“

„Ja.“

„In welcher Eigenschaft?“

„Als sein Sekretär.“

„Seine Persönlichkeit ist Ihnen danach also genau bekannt?“

„Gewiß.“

„Sie würden ihn überall und unter noch so vielen Menschen auf den ersten Blick erkennen?“

„Ohne Zweifel.“

„Dann sehen Sie sich, bitte, aufmerksam in diesem Raume um, und sagen Sie mir dann — eingedenk der Tatsache, daß Sie Ihre Aussage möglicherweise später werden beschwören müssen —, ob Sie hier jemanden erblicken, der ihm sehr ähnlich oder vielleicht gar mit ihm identisch ist.“

Philipp Giebert drehte den Kopf und zauderte mit der Antwort. Paul Volkhardt aber wußte, daß es jetzt keine Möglichkeit mehr gab, seine Entlarvung zu verhüten, und er hatte Geistesgegenwart genug, die einzig mögliche Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220106-17/fragment/page=0005

Sie bitten um Einlaß in Deutschland. Der deutsche Gesandte in Warschau hat sich zwar einer Anzahl deutscher Familien auf das wärmste angenommen und sie nach Deutschland geleitet. Er hat aber, wie verlautet, strengen Befehl erhalten, das Hilfswerk sofort einzustellen und keine Wolgadeutschen mehr über die Grenze zu bringen. Die nach Deutschland gelangten Wolgadeutschen sind in bitterster Kälte fast unbekleidet nach Baracken bei Frankfurt a. O. gebracht worden, wo sie unter Verhältnissen hausen müssen, die jeder Beschreibung spotten. Eine Anzahl der Flüchtlinge ist infolgedessen gestorben, wovon das Reichsministerium des Innern gefolgert hat, daß diese Flüchtlinge Träger von Seuchen seien und infolgedessen nicht nach Deutschland reisen dürften. Der Vertreter der deutschen Reichsregierung in Rußland, Herr Ministerialdirektor Wiedenfeld hat fernerhin Eintreffen der deutschen Hilfsexpedition in Kasan erklärt: die geplante Hilfe gelte nicht den Wolgadeutschen, sondern Rußland. — Ich frage die Regierung, wie sie dieses Verhalten gegenüber der Tatsache, daß seit dem 9. November 1918 mehr als 200 000 Russen nach Deutschland eingewandert sind und hier Wohnung und Unterkunft gefunden haben, zu rechtfertigen gewillt? — Ist die Regierung gewillt, im weitesten Umfange den deutschen Landsleuten, die nach Deutschland flüchten, zu helfen? Ist sie bereit, eine eingehende Untersuchung über die skandalösen Vorgänge einzuleiten und dem Reichstage Aufklärung zu geben?"

Aus Stadt und Umgebung

Den Mittelschullehrern,

deren Dienseinkommen noch immer keine gesetzliche Regelung und Grundlage gefunden hat, scheint endlich Hilfe aus der Not zu werden. Auf die persönlichen Besprechungen zwischen Vertretern der Organisation der Mittelschullehrer und den in Frage kommenden Ministern ist jetzt ein Bescheid des preußischen Finanzministers eingegangen, in dem es heißt: . . . betreffend die Regelung der Besoldungsverhältnisse der Mittelschullehrer erwidere ich Ihnen im Einvernehmen mit dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, ergebenst, daß die Ausführungsanweisung zum Mittelschullehrer-Diensteinkommensgesetz nach ihrer Annahme durch den Staatsrat sich gegenwärtig in Druck befindet und in den nächsten Tagen veröffentlicht wird. Mit der Veröffentlichung dieser Anweisung werden sich die verschiedenen von Ihnen angeregten Fragen erledigen.

Es ist höchste Zeit, daß den Mittelschullehrern, denen bekanntlich die Stadt Merseburg keine Gehälter mehr zahlt, eine Regelung ihrer Bezüge zuteil wird. r.

Fischreiher in der Aue.

* Auf den überschwemmten Saalewiesen an der Luppe-Mündung hat sich am Mittwoch dem Spaziergänger ein interessantes Bild aus dem heimatlichen Vogelleben. Die Mäuse, Maulwürfe und Würmer, die ihre behaglichen Winterquartiere bezogen hatten, mußten überall ihre unterirdischen Wohnungen vor dem eindringenden Wasser räumen. Zu diesem Umzuge stellten sich zahlreiche Helfer ein. Dutzende von Saatkrähen, Rabenkrähen und Elstern kauerten am Rande der überschwemmten Wiesen, manche watteten kühn in dem seichten Wasser umher und beförderten hilfsbereit die vertriebenen Wiesenbewohner auf das Trockene, um sie schleunigst in den Vogelmagen verschwinden zu lassen. Unersättlich widmeten sich die Krähen der erfolgreichen Jagd und ließen sich auch durch die Nähe der Menschen nicht stören. Unglaubliche Mengen von Ungeziefer fielen den wachsamen Vögeln zur Beute. — Auch andere seltene Gäste beteiligten sich an dem Schmause. Eine Schar von Fischreihern hatte sich in dem Ueberschwemmungsgebiet niedergelassen und jagte in Gemeinschaft mit den Krähen. Die stockstarke Gesellenzen standen die Reiher zwischen dem unruhigen, zankenden Gelichter der Krähen; aber sie hatten weniger Vertrauen als diese, selbst zu dem harmlosen Spaziergänger. Weiter als 100 Meter ließen sie niemand herankommen, dann kam Leben in den scheinbar leblosen Pfahl im Wiesengrunde, der lange Hals streckte sich, die blaugrauen Schwingen breiteten sich aus und schwerfällig erhob sich der stolze Vogel in die Luft. Die Flucht eines einzigen Reihers war das Signal für alle andern, sich auch in die ihnen sicherer dünkenden Luftgefilde zu schwingen. Für jeden Freund der Vogelwelt war es ein schönes Bild, die Schar der Reiher, wir zählten 21 Stck., in der Höhe schweben und kreisen zu sehen, das blanke Gefieder blitzend in der klaren Wintersonne. In größerer sicherer Entfernung von den führenden Menschen ließen sich die scheuen Vögel nieder, um weiter der Jagd abzulegen. Leider ist der Reiher in unserer Heimat recht selten geworden zum Bedauern der Freunde der Natur. Der Fischer wird freilich recht befriedigt darüber sein, denn der Reiher ist ein arger Fischräuber, der viel Schaden anrichten kann. Nach dem gefallenen Neuschnee wird man von dem Vogelidyll in der Aue wahrscheinlich nicht mehr viel beobachten können.

Die neue Postordnung.

* Neben den neuen Postgebühren enthält die neue Postordnung noch eine Reihe von neuen Bestimmungen, die besonders hinsichtlich der Erhöhungen der Wertgrenzen von Bedeutung sind. Zum Verpacken von Geldpaketen wird z. B. die Verwendung von Leinwand, Wachstuchwand oder Leder erst dann verlangt, wenn das Gewicht mehr als 3 Kilogramm beträgt, oder der Wert der Sendung mehr als 30 000 M. (jedoch nur Papiergeld) übersteigt. Die neue Wertgrenze für Wertpakete, die im Ortsbestellgebiet den Empfängern zugestellt werden, ist auf 500 M. Wertangabe festgesetzt worden. Früher wurden Wertsendungen im Werte von mehr als 3000 M. nicht mehr bestellt, sondern mußten von den Empfängern vom Postamt abgeholt werden. Dieses Verfahren tritt von nun an für solche Sendungen ein, die mit mehr als 5000 M. Wertangabe versehen sind. Einschreibepakete und Wertpakete bis 500 M. können nach den neuen Bestimmungen in gleicher Weise wie gewöhnliche Pakete an die zugelassenen Ersatzempfänger ausgehändigt werden. Auch die Bestimmung bedeutet eine Erleichterung für die Empfänger solcher Sendungen.

Die Anträge auf Ersatz von Auslands-, Kolonial- und Verdrängungs-Schäden

werden nach der Bekanntmachung des Wiederaufbau-Ministeriums vom 20. Dezember 1921 (Reichsanzeiger Nr. 300) von den Interessenvertretungen vorgeprüft. Als solche sind zugelassen:

1. der Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich (Hauptgeschäftsstelle Berlin W 8, Taubenstr. 34) für Schadensfälle in Elsaß-Lothringen, Eupen und Malmedy;
2. der Deutsche Ostbund (Geschäftsstelle für die Vorprüfung von Verdrängungsschäden, Berlin W 9, Potsdamer Str. 14) für Schadensfälle in den abgetretenen Gebieten Ost- und Westpreußens, Posens, Schlesiens und Schleswig-Holsteins;
3. der Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressenten (Berlin W 8, Wilhelmstr. 62) für Schäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten;
4. der Bund der Auslandsdeutschen (Hauptgeschäftsstelle Berlin C 2, Klosterstraße 75) für die Schadensfälle, welche außerhalb der früheren Grenzen des Deutschen Reiches und der ehemaligen Schutzgebiete entstanden sind, sofern der Geschädigte bis Ende Juli 1914 seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb der damaligen Grenzen des Deutschen Reiches gehabt oder nach dem 1. 8. 1914 dorthin verlegt hat;
5. der Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen (Hauptgeschäftsst. Berlin W 35, Potsdamer Str. 28) für die Schadensfälle, welche außerhalb der früheren Grenzen des Deutschen Reiches und der ehemaligen deutschen Schutzgebiete entstanden sind, sofern der Geschädigte bis Ende Juli 1914 seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt innerhalb der damaligen Grenzen des Deutschen Reiches gehabt und diesen nach diesem Zeitpunkt in das Ausland verlegt hat.

Die genannten Interessenvertretungen haben für die einzelnen Bezirke der Spruchkammern des Reichsentschädigungsamts Vorprüfungsstellen im ganzen Deutschen Reiche eingerichtet. Das Nähere ist aus der Bekanntmachung vom 24. Dezember 1921 (Reichsanzeiger Nr. 305) ersichtlich.

Für die Entschädigungsanträge sind Vordrucke vorgeschrieben, die von den Vorprüfungsstellen ausgegeben werden. Die ausgefüllten Formulare sind an die zuständigen Vorprüfungsstellen unter Beifügung aller Beweisurkunden einzureichen. Die Frist zur Einreichung ist bis zum 30. Juni 1922 verlängert worden (Bekanntmachung vom 1. Dezember 1921, Reichsanzeiger Nr. 284).

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Zu den Tarifverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

** Halle, 5. Januar. Der für mehr als 150 000 Braunkohlenbergarbeiter gültige Manteltarif war zum 31. Dezember 1921 gekündigt worden. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Manteltarifes haben bisher zu keinem Ergebnis geführt und es bestehen zurzeit noch wesentliche grundsätzliche Differenzen zwischen den Vertragsparteien. Weitere Verhandlungen finden in der dritten Januarwoche statt. Es ist zu hoffen, daß bei diesen Verhandlungen noch eine Verständigung erzielt wird.

Zusammenstoß mit einem Lastwagen.

** Leuchsdrf, 5. Januar. Als Dienstag nachmittag ein Güterzug von hier nach Schkeuditz die Straßenkreuzung an der Teutschenthaler Straße bei Schotterey passierte, fuhr die Maschine des Zuges in einen Lastwagen des Gutsbesitzers Wentzel aus Langenbogen, der gleich mehreren andern noch vor dem Zuge die Ueberfahrt zwingen wollte. Der Wagen wurde vollständig demoliert; Pferde und Knecht kamen unbeschädigt davon.

Mansfelder A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb.

** Eisleben, 6. Januar. Nachdem der Generaltag der Mansfeldischen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft am 26. November bekanntlich der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft einstimmig zugestimmt hat, hat nunmehr die Mansfeld-Syndikat A.-G. Berlin in einer am 4. Januar stattgehabten Generalversammlung beschlossen, ihre Firma in „Mansfeld Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb" zu ändern und ihren Sitz nach Eisleben zu verlegen. Zu Vorstandsmitgliedern wurden bestellt der bisherige Ober-Berg- und Hüttendirektor Herr Dr. Max Heinhold, als Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes, sowie die bisherigen Mitteilungsdirektoren der Gewerkschaft, die Herren Ludwig und Dr. Münker. Gleichzeitig wurde beschlossen, das Aktienkapital von 70 um weitere 350 auf 420 Millionen zu erhöhen. Die neuen, für das Jahr 1922 voll dividendenberechtigten Aktien werden dementsprechend den auf dem Gewerkentag abgegebenen Erklärungen den alten Aktionären im Verhältnis von 5 zu 1 zum Kurse von 120 Prozent zuzüglich 6% Stückzinsen ab 1. Januar 1922 in Aktien im Verhältnis von je einem Kux gegen je eine Aktie ausgeboten werden, mit der Maßgabe, daß gleichzeitig zum Bezuge angeboten werden. Es wird demnächst an die Gewerken herangetreten und ihnen der Umtausch ihrer Kuxe die auf jeden Kux entfallenden fünf neuen Aktien zum Kurse von 120% bezogen werden können. Während die Kuxe bekanntlich nur an der Leipziger Börse eingeführt waren, sollen die Aktien außerdem auch an den Börsen in Berlin und Frankfurt a. M. eingeführt werden.

Bergmannstod.

** Eisleben, 6. Januar. Der Steiger Karl Meyer von hier wurde beim Kunstschlagen auf Grube Wettershoffnung bei Obersöllingen a. S. verschüttet und getötet.

Grippe allein genügt nicht.

† Tilleda bei Eisleben, 6. Januar. In hiesigen Gutsbesitzer herrschen zum Schrecken der Bevölkerung Scharlach und Diphtheritis und haben bereits Opfer gefordert.

Beschlußunfähigkeit der Berliner Stadtverordnetensitzung.

† Berlin, 5. Januar. In der Stadtverordnetenversammlung wurde heute der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Castpark (D. Vpt.), der Kandidat der Bürgerlichen mit 110 von 217 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Bei der darauffolgenden Wahl des ersten stellvertretenden Vorsitzenden ergab sich Beschlußunfähigkeit, so daß die Versammlung vom Vorstand geschlossen wurde.

Sich selbst gerichtet.

† Kiesedt, 4. Januar. Erhängt hat sich in seiner Scheune aus Furcht vor Strafe der Bergmann Karl Finger. Er nahm sich in unzurechnungsfähiger Weise an Knaben vergangen. Finger hinterläßt Frau und Kinder.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Devisen fest, Effekten schwach.

Berlin, 5. Jan. Die ausländischen Devisen setzten infolge des neuerlichen Niederganges der Markkurses in Neuhoch ihrer Aufwärtsbewegung fort. Dollarnoten wurden mit 201,50 bis 206,50 M. umgesetzt und englische Pfundnoten mit 850 bis 855 Mark gehandelt. Es stellten sich ferner holländische Guldennoten auf 7375 M., schweizerische Frankennoten auf 3800 M., französische Frankennoten auf 1600 Mark, belgische Noten auf 1550 bis 1570 M., italienische Lirenoten auf 880 M., rumänische Leinoten auf 163 M., deutsch-österreichische Noten auf 3,45 M., ungarische Noten auf 31,25 bis 31,50 M. und polnische Noten auf 7,95 bis 6,85 Mark.

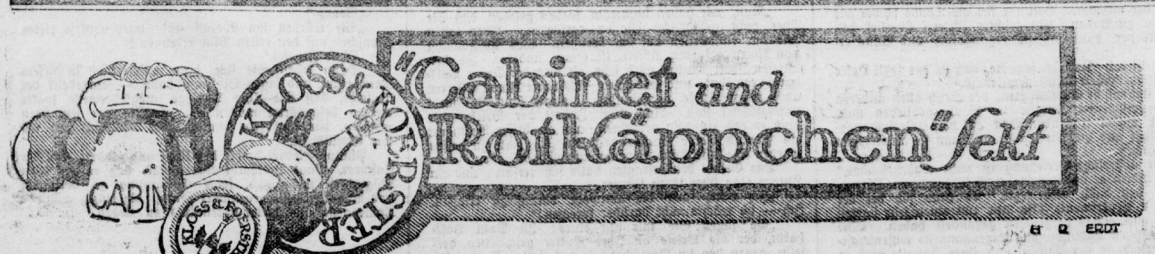
Gegen 2 Uhr waren Dollar mit 200 M. erhältlich.

Effekten gaben den weiteren aufsteigenden Bewegung der ausländischen Zahlungsmittel zur allgemeinen Entfestigung der Börse keine Folge. Es hatte sich bereits gestern gezeigt, daß das süddeutsche Publikum sich gegenüber der im neuen Jahr einsetzenden Hausse, sehr reserviert verhielt, und da auch seitens der Großbanken Mahnungen an an ihre Kundschaft vorliegen sollen, mit Neuanschaffungen vorerst zurückzuhalten, trug das Geschäft fast allgemein einen verhältnismäßig passiven Charakter. Verschiedentlich war zu beobachten, daß zu den letzten, immerhin erheblich gestiegenen Kursen sich stärkere Abgabeneigung gerade seitens des Privatpublikums bemerkbar machte, der sich die Spekulation, wie der Verkauf des heutigen Verkehres zeigte, späterhin in erheblichem Maße anschloß.

Überdies wurde die Unternehmungslust durch die Ungewißheit gehemmt, welchen Verlauf die unmittelbar vor ihrem Beginn stehende Verhandlung in Cannes nehmen werden. Jedenfalls gaben die bisher hierzu vorliegenden Meldungen auch nicht den mindesten Anlaß zu irgendwelchem Optimismus. Gerüchtweise verlautete, daß für den Fall einmaliger Milderungen der Reparationszahlungen Frankreich Kompensationen in Deutsch-Oberschlesien verlangen werde, und hieraus erklärte sich die Festigkeit, welche im Gegensatz zu der allgemein unsicheren Haltung einzelne oberschlesische Montanwerte zeigten.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 5. Januar.

Auftrieb: Rinder 159, Ochsen 15, Bullen 59, Kalben 20, Kühe 65, Fresser —, Kälber 692, Schafe 228, Schweine 1040. Zusammen 2119 Tiere. — Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. —, 2. Kl. 850 bis 1000, 3. Kl. 650—850, 4. Kl. —. Bullen 1. Kl. 900 bis 1000, 2. Kl. 750—900, 3. Kl. 600—750, 4. Kl. 450—600. Kalben 1000—1100, Kühe 1. Kl. 900 bis 1000, 2. Kl. 750 bis 900, 3. Kl. 600—750, 4. Kl. 450—600. Fresser-Abteilung —. Kälber 1. Kl. —, 2. Kl. 1200—1300, 3. Kl. 1000—1200, 4. Kl. 800 bis 1000. Schafe 1. Kl. 825—900, 2. Kl. 650—825, 3. Kl. 650 bis 650. Schweine 1. Kl. 1700—1800, 2. Kl. 1750 bis 1850, 3. Kl. 1550—1700, 4. Kl. 1400—1550, 5. Kl. 1400—1550. Ueberstand: Rinder mittelmäßig, Kalben mittelmäßig, Schafe mittelmäßig, Schweine langsam.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919220106-17/fragment/page=0006